

An: Daniele Gobbetti,
Präsident des LUGBz

z.K: Landesrat Roberto Bizzo
z.K: Hubert Hofer
z.K: Deutsches Schulamt
z.K: Ladinisches Schulamt
z.K: Stefan Walder
z.K: Josef Tinkhauser, SAIG

Bozen, am 15. September 2011

Offener Brief des LUGBz : Anfrage um Erläuterungen bezüglich des Beschlusses Nr.882 vom 25. Mai 2010

Sehr geehrter Herr Präsident,

dass diese Antwort auf Ihren offenen Brief vom 25.05.2010 so spät kommt, liegt schlicht und einfach daran, dass ich lange der Meinung war, die Antworten auf diesen Brief bereits gegeben zu haben – nämlich einerseits im Rahmen der Gespräche am Runden Tisch, der als Reaktion auf diesen offenen Brief und auf die Eingabe im Rechnungshof wegen des oben zitierten Beschlusses der Landesregierung eingerichtet wurde, vor allem aber im Rahmen meines Vortrages anlässlich der SFScon2010 am 12. November 2010 am TIS, in dem ich ausdrücklich und ausführlich auf die IT-Strategie der Landesverwaltung in Richtung Freie Software eingegangen bin. Sie haben allerdings Recht, dass ich niemals in Briefform geantwortet habe, dafür entschuldige ich mich und dies werde ich mit diesem Schreiben nachholen.

Das zentrale Thema Ihres Schreibens – wie sie selbst im Fax an den Landesrat vom 01.08.2011 richtigerweise einmahnen – ist die Frage nach der Strategie der IT der Landesverwaltung im Rahmen folgender Themenbereiche, die allesamt im Umfeld Umgang mit freier Software an der Südtiroler Landesverwaltung ‚passieren‘: der Aktionsplan e-Südtirol, das am TIS eingerichtete Kompetenzzentrum, das didaktische Projekt FUSS an den Schulen italienischer Muttersprache, das Aussetzen des Wartungsvertrages mit Microsoft im Jahre 2007 und die vielen von den Berufsschulen angebotene Seminare im Umfeld freier Software. In Ihnen entsteht dabei offensichtlich der Eindruck, dass die aktuelle IT-Strategie der Landesverwaltung in Diskrepanz zu diesen Dingen zu steht. Ich kann hingegen keine Diskrepanz zu all diesen Themen ausfindig machen. Weshalb ich so denke, werde ich im Folgenden darlegen.

Der Aktionsplan e-Südtirol enthält im Wesentlichen zwei Aussagen in Richtung freie Software, an die ich mich absolut gebunden fühle und die ich in all meinen Entscheidungen als Leiter der Abteilung Informationstechnik immer auch mit berücksichtigt habe und mit berücksichtigen werde. Einerseits ist bei anstehenden IT-Entscheidungen der Einsatz von Open-Source-Lösungen immer mit zu prüfen und eine genaue Bewertung des Kosten/Nutzenfaktors gegenüber anderen Lösungen vorzunehmen, andererseits sind solche Lösungen vorzuziehen, wenn die geforderten Funktionen

durch die Open-Source-Lösung abgedeckt werden. Natürlich sind bei konkreten Entscheidungen beide diese Aussagen zu berücksichtigen, sodass es für mich klar ist, dass die Lösung, für die man sich dann konkret entscheidet, nicht nur die geforderte Funktionalität abdecken muss, sondern auch einen vertretbaren Kosten-Nutzenfaktor aufweisen muss sowie deren Betrieb mit vertretbaren Risiken sichergestellt werden kann. Der Aktionsplan sagt also keinesfalls aus, dass die Landesverwaltung flächendeckend auf Open-Source-Plattformen zu migrieren hat. Ich kann mich hingegen des Eindrucks nicht immer erwehren, dass eben genau dies von einigen Open-Source-Vertretern in unserem Lande in den Aktionsplan hineininterpretiert wird bzw. dass einige von ihnen in Vorträgen und bei Veranstaltungen sogar vertreten, dass die öffentliche Verwaltung Südtirols bereits vollständig auf Open-Source migriert wäre. Richtig ist vielmehr, dass die IT der Landesverwaltung immer stärker Open-Source Produkte und offene Formate einsetzt und dass es immer häufiger zu einer Migration von proprietären Produkten hin zu OS-Lösungen kommt und zwar genau dann, sobald eine bestehende Lösung erneuert oder eine neue Lösung bereitgestellt werden muss. Und dies eben deshalb, da ich wir uns den Vorgaben von e-Südtirol verpflichtet fühlen. Ich kann es auf der anderen Seite als Verantwortlicher für die IT in der Landesverwaltung mit den mir zur Verfügung stehenden Ressourcen (damit meine ich nicht nur Geld sondern auch Personen, Know-How usw.) nicht verantworten, einen radikalen und abrupten Wechsel hin zu OS zu vollziehen. Die eingeschlagene Strategie ist somit jene, das System phasenweise in diese Richtung zu entwickeln. Wo wir allerdings schneller Maßnahmen setzen wollen und müssen, ist im Bereich der offenen Formate und überall dort, wo der Bürger selbst von unseren IT-Lösungen direkt betroffen ist. Genau in diesem Bereich wurden letzters verstärkt Aktionen gesetzt (etwa im Bereich GIS oder im Bereich der Nutzbarkeit unserer eGovernment-Dienste).

Das Einrichten des von Ihnen angesprochenen Kompetenzzentrums am TIS ist eine weitere, konsequente Umsetzung des Aktionsplans. Auch damit hat die Politik und die Landesverwaltung bewiesen, dass sie an den Bereich Open Source glaubt und dass sie diesen angemessen unterstützt. Dass sich die IT der Landesverwaltung immer stärker und immer häufiger dieses Kompetenzzentrums bedient, wie dieses auch viele Firmen in Südtirol tun, beweist, dass das Zentrum seinem Auftrag gerecht wird und dass das Angebot angenommen und geschätzt wird. Ich sehe hier also keinerlei Diskrepanzen zwischen der oben dargelegten IT-Strategie der Landesverwaltung und der Nutzung des Kompetenzzentrums durch uns. Vielmehr tritt genau das ein, was sie selber in ihrem Schreiben andeuten – es bildet sich ein vielversprechendes Ökosystem von IT-Lieferanten im Bereich freie Software hier in Südtirol aus, was wiederum zur Folge hat, dass immer mehr Lösungen dieser Art für die Landesverwaltung interessant werden.

Nahezu dieselben Überlegungen gelten für die in Südtirol angebotenen Schulungen im Bereich freie Software: Das IT-Weiterbildungsangebot wird in keiner Weise von der Abteilung Informationstechnik gesteuert, dieses wird vielmehr vom Bedarf induziert, den die Weiterbildungsinstitutionen feststellen. Wenn das Angebot in diesem Bereich also immer reichhaltiger wird und wenn damit das Know-How im Bereich freie Software im Lande potenziert wird, dann liegt dies daran, dass es einen entsprechenden Bedarf gibt, freie Software ist eben immer stärker gefragt. Auch dies ein Zeichen dafür, dass die Ziele des Aktionsplans erreicht werden. Dies bedeutet für die IT der Landesverwaltung wiederum, dass die Voraussetzungen kontinuierlich besser werden, Open Source Lösungen in der Landesverwaltung zum Einsatz zu bringen und den Prozess des Austauschs proprietärer Software voran zu treiben.

Das Projekt FUSS als IT-Lösung für den Unterricht an den italienischen Schulen hat mit dem Beschluss Nr. 882 nichts zu tun, wurde die Informationstechnik der Didaktik bis heute doch allein und in vollkommener Autonomie von den jeweils zuständigen Schulämtern geplant und dann auch umgesetzt. Insofern war und ist dieses Projekt ein Projekt des italienischen Schulamtes und es wäre niemandem jemals eingefallen, dieses Projekt in Frage zu stellen – wie dieses Projekt auf der anderen Seite auch kein Modell für die IT in der Landesverwaltung sein kann, handelt es sich doch um Anwendungsbereiche mit völlig unterschiedlichen Anforderungen. Insofern verstehe ich nicht,

wie dieses Projekt mit der IT-Strategie der Landesverwaltung im engeren Sinne in Diskrepanz geraten könnte.

Bleibt der Rücktritt meines Vorgängers vom Wartungsvertrag mit Microsoft für MS-Office. Sicher ist, dass dieser Rücktritt von Vorteil war und dass er der Landesverwaltung geholfen hat, viel Geld einzusparen. Es ist nachweislich kostengünstiger, MS-Lizenzen nach mehr als vier Jahren neu anzukaufen als einen ebenso langen Assurance-Vertrag mit Microsoft am Laufen zu haben. Sollten wir uns in Zukunft nicht mehr für ein Upgrade von MS-Office entscheiden, sind die hier erzielten Ersparnisse natürlich sehr viel größer, große Ersparnisse würden aber auch dann noch erzielt werden, würden wir uns in nächster Zeit in Richtung Upgrade entscheiden. Die Aussage von Dr. Ladurner bleibt also in beiden Fällen gültig.

Nun zu einigen spezielleren Fragestellungen, die Sie in Ihrem Schreiben an uns stellen bzw. anreißen.

An mehreren Stellen verweisen Sie in Ihrem Schreiben darauf, dass wir im Falle gewisser Entscheidungen Gefahr laufen würden, Daten in proprietärer Form aufzubewahren und diese Daten dann außerhalb der Microsoft-Plattformen nicht mehr nutzen bzw. darauf nicht mehr zugreifen zu können. Ich kann Ihnen an dieser Stelle versichern, dass wir uns diesem Thema im Zeitalter der Integration von IT-Systemen und in Anbetracht dessen, dass wir es uns auf unsere Fahnen geschrieben haben, die wichtigen und wertvollen Daten soweit irgend möglich in offenen Formaten und gemäß internationalen Standards abzuspeichern, intensiv widmen und dass wir demzufolge dieser Gefahr entgegenzutreten wissen.

Auch wird es nicht so sein, dass wir auf neue Windows-Plattformen für unsere Clients allein deswegen migrieren, da das heute genutzte Betriebssystem Windows XP mit den neuen Serverbetriebssystemen von Microsoft nicht mehr zu 100% kompatibel ist. Genauso wenig werden die Server-Betriebssysteme die Zeiten einer solchen Migration vorgeben. Wenn wir einen solchen Schritt unternehmen sollten, dann werden sehr viele mehrere Gründe dafür sprechen müssen.

Wir haben Lizenzen von Server Lizenzen von MS-Sharepoint und von MS-Office Communication erworben, um Tests durchzuführen, um beispielsweise verstehen zu können, wie sich diese Infrastruktur in unsere Systemlandschaft integrieren würde, wie aufwendig der Betrieb einer solchen Infrastruktur wäre, welche funktionellen Vorteile solche Lösungen in unserem Kontext bringen würden usw. Der Abschluss besagten Vertrages bot nämlich die einmalige Gelegenheit, die hierfür benötigten Lizenzen weit kostengünstiger zu erwerben, als dies auf dem Markt möglich gewesen wäre. Dieser Ankauf wird uns also bei der Entscheidung für die eine oder die andere Office-Suite behilflich sein, keinesfalls ist es eine Vorentscheidung in eine gewisse Richtung.

Was die Entscheidung für Open Office also für eine Microsoft-Alternative betrifft, muss diese Entscheidung die Folge einer genauen Analyse sein, die sich wesentlich an den eingangs erläuterten und interpretierten Grundsätzen des Aktionsplans e-Südtirol zu richten hat. Die Erfahrung der Nachbarprovinz Trient wird dabei eine große Hilfe sein – ob eine eigene Machbarkeitsstudie für uns notwendig sein wird, wird man noch sehen. Bei dieser Entscheidung werden neben den Kostenüberlegungen aber sicherlich auch Funktionsüberlegungen mit einfließen, die sich wiederum an den Bedürfnissen und an den Anforderungen auszurichten haben, die von der Landesverwaltung eingefordert/gewünscht werden.

Dass München für uns im Kontext Linux/Open Office nicht direkt ein Vorbild sein kann, wurde mir unter anderem dann klar, als mir die IT-Ressourcen bewusst wurden, die der Stadt München zur Verfügung stehen. Insofern lieferte mir auch die SFScon2010 wichtige Infos. Gerne nehme ich hingegen das Angebot von LugBZ an, sich mit uns auszutauschen, sobald wir soweit sind.

Abschließend möchte ich Ihnen versichern, dass sie bei mir offene Türen einrennen, wenn sie schreiben, dass es unsere Strategie sein muss, dem sogenannten ‚lock-in‘ durch Softwarelieferanten zu entgehen. Auch diesbezüglich sind wir uns am besser rüsten. Dies gilt für uns allerdings nicht nur für Microsoft sondern auch für alle anderen Lieferanten. Dass es heute noch nicht soweit ist, dass wir von uns behaupten könnten, dass wir nirgendwo ‚eingelockt‘ wären, ist leider auch wahr.

Damit hoffe ich auf all Ihre Fragen geantwortet zu haben. Ich habe dies sehr offen zu tun versucht. Sollte ich nicht verständlich gewesen sein, wenden Sie sich neuerlich an mich.

Mit freundlichen Grüßen

Kurt Pöhl